



HANDREICHUNG

Interkulturelle Öffnung als kommunale Aufgabe in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

94



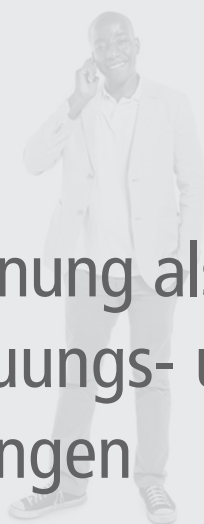
SCHRIFTENREIHE
MIGRATION UND ARBEITSWELT

Gefördert durch:





Interkulturelle Öffnung als kommunale Aufgabe in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen





Inhalt

01

KOMPETENZEN FÜR DIE ZUWANDERUNGSGESELLSCHAFT:

S. 2

Die interkulturelle Öffnung als
kommunale Aufgabe im Bereich Bildung

02

KEINE INSELLÖSUNG:

S. 9

Interkulturelle Öffnung von Kitas im
Kreis Lippe

03

KOMMUNIKATION ALS ANGELPUNKT:

S. 14

Interkulturell geöffnete Schulsozialarbeit
in Waldkirch

04

SPRACHKURSE ALS AUSGANGSPUNKT:

S. 18

Volkshochschulen auf dem Weg zur
interkulturellen Öffnung – zum Beispiel Kassel

01

KOMPETENZEN FÜR DIE
ZUWANDERUNGSGESELLSCHAFT:Die interkulturelle Öffnung
als kommunale Aufgabe im
Bereich Bildung*von Daniel Weber, DGB Bildungswerk BUND*

Alte Projekt-Hasen kennen die beiden möglichen Stimmungen, wenn es auf das Ende zugeht. Entweder die Zeit läuft weg oder die Sache wird richtig rund. Im *veris-Projekt*, das – zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrags – noch ein knappes halbes Jahr läuft, können wir sagen: Die Qualifizierungen (Trainings und Ausbildung) und ein Großteil der anderen Maßnahmen (Workshops, Tagungen, Fachgespräche) sind erfolgreich abgeschlossen. Wir haben vieles erreicht, auch weil die Partner im Projekt höchst engagiert mitgezogen haben. Wir konnten sogar zusätzliche Elemente in das Projektprogramm einfügen, zum Beispiel die Weiterbildung zur betrieblichen Fachkraft Kulturelle Vielfalt.

Den verbleibenden Zeitraum wollen wir unter anderem nutzen, um Dinge Strukturen abzusichern, den Transfer der Ergebnisse sicherzustellen und Themen anzugehen, die wir uns vorgenommen haben, wie die Frage: Wie können Kommunen die örtlichen Bildungseinrichtungen auf dem Weg der interkulturellen Öffnung begleiten?

„Das Prinzip Integration durch Bildung wird in der Bildungskette Elementarbildung, schulische Bildung, Übergang Schule – Beruf auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtet.“

Diese Einrichtungen bilden im Projekt zunächst einmal eine von mehreren Zielgruppen – andere Zielgruppen sind zum Beispiel Bürgerservice, Jobcenter oder die Feuerwehr. Es stellte sich aber schnell heraus, dass das Themenfeld Bildung einige Besonderheiten aufweist: Es gilt als Schlüssel für den Zugang für eine Teilhabe am Arbeitsmarkt und so auch für das gesellschaftliche Leben insgesamt. Da ist es von großer Bedeutung, sich den Orten zuzuwenden, in denen Bildung vermittelt wird, wie zum Beispiel Kindertagesstätten, Schulen oder Volkshochschulen. Hier sind auch die Kommunen gefordert. Ein Beispiel für die Beziehung von Bildung und Kommune lässt sich an den kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen veranschaulichen. Diese wurden im Rahmen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes ins Leben gerufen und stellen – so NRW-Integrationsminister Guntram Schneider – dessen „Herzstück“ dar.

Bildung als zentraler Stellenwert

Auch wenn die verschiedenen kommunalen Integrationszentren in NRW unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen, die die kommunale Situation widerspiegeln, ist der Grundgedanke überall gleich: Das Prinzip Integration durch Bildung wird in der Bildungskette Elementarbildung, schulische Bildung, Übergang Schule – Beruf auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtet. Dafür stellt die Landesregierung jeweils zwei Lehrerinnen / Lehrer, zwei Sozialpädagoginnen / Sozialpädagogen und



anderthalb Stellen für Verwaltungs- und organisatorische Aufgaben zur Verfügung. Das ist ein Beispiel für den großen Stellenwert von Bildung im Integrationsprozess. Das hat uns darin bestärkt, dieses Thema noch einmal etwas intensiver zu bearbeiten. Wenn man die interkulturelle Öffnung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen angeht, steht man vor sehr unterschiedlichen Strukturen und Aufgabenstellungen. Die Schulsozialarbeit hat einen ganz anderen Auftrag als das Schulamt oder die Kindergärten. Deshalb haben wir den Weg eingeschlagen, einzelne Zielgruppen verstärkt weiterzubilden. In Kassel ist das beispielsweise das Personal aus den Kitas. Im Jahr 2013 haben wir Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter verstärkt geschult. Einen Abschluss und eine Zusammenführung der verschiedenen Weiterbildungsstränge bildet die Tagung „Recht auf Bildung! Bildungseinrichtungen, Interkulturelle Öffnung und kommunale Aufgaben“, die am 10. Dezember 2014 stattfindet.



Bildung gilt als Schlüssel für den Zugang für eine Teilhabe am Arbeitsmarkt und so auch für das gesellschaftliche Leben insgesamt

Im Bereich der Schulsozialarbeit ging es für uns einerseits darum, migrationsspezifische und kulturspezifische Aspekte in eine Beratung zu integrieren. Ein anderes Thema war ein besseres Verständnis für Familienkonstellationen. Im Bereich von Kitas und Kindergärten führen wir Trainings zu interkultureller Kompetenz bei Erzieherinnen und Erziehern durch. Bei Workshops mit Kita-Leitungen stehen Fragen, was man strukturell verändern kann im Mittelpunkt. Ein Punkt ist die Verbesserung der Kommunikation mit den Eltern. Ein anderes Thema: Was kann eine Kita-Leitung im Bereich der Personalauswahl verändern? Oder: Wie schule ich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Schließlich geht es um den Umgang mit Wertunterschieden zwischen Beschäftigten aber auch zwischen Beschäftigten und Eltern und um die Bearbeitung von Konflikten, die als interkulturell wahrgenommen werden. Hinter einem solchen Überblick verstecken sich viele konkrete Fragestellungen der täglichen Arbeit.

Streiflichter aus der Praxis

Bei den kommunalen Beschäftigten gibt es zum Beispiel immer wieder eine Debatte um traditionelle Kleidung, die sich am ehesten in der Kopftuch-Frage niederschlägt. Dabei geht es dann entweder um die persönliche Haltung zu Religion, die eigene Ambiguitätstoleranz (das Aushalten von Widersprüchen) oder die religiös-politische Debatte. Auch Wertunterschiede spielen eine Rolle und die Frage, wie mit diesen ganz praktisch umgegangen wird.

Ein Thema, das die Kommunikation mit den Eltern betrifft, bezieht sich auf unterschiedliche Bildungsbegriffe. Dahinter steht die Frage, wie die Kinder in den Bildungsprozess einbezogen werden und auch eigenverantwortlich daran beteiligt sind. Die meisten Menschen, mit denen wir im Projekt zu tun haben, bevorzugen einen partizipativen Bildungsansatz und setzen auf Einbeziehung. Manche Eltern sehen das anders. Sie erwarten von den Lehrenden, dass sie sagen, was richtig ist und die Kinder das dann übernehmen. Hier geht es darum, dass beide Seiten voneinander lernen. Die Lehrenden müssen versuchen, auch die Perspektive dieser Eltern zu berücksichtigen. Die Erwartung, dass ihre Kinder etwas lernen kann man positiv nutzen! Gleichzeitig müssen sie vermitteln und erklären warum sie einen partizipativen Ansatz verfolgen und was aus ihrer Perspektive die Vorteile sind.

Wie es gelingen kann, dass die gesamte Klasse an einem Schulausflug teilnimmt, ist eine weitere kommunikative Herausforderung für die Beschäftigten der Bildungs-



Wenn es gelingt, in den Schulen ganz offen darüber zu sprechen – wo es Unterschiede zwischen Menschen und deren (kulturellen) Erfahrungen gibt und wo Gemeinsamkeiten – erweitern die Kinder und Jugendlichen ihre Kompetenzen.

einrichtungen. Es gibt immer wieder Erfahrungen, dass manche Kinder, oftmals aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte nicht teilnehmen wollen oder scheinbar nicht teilnehmen dürfen. Hier gibt es aber auch positive Berichte, dass die Ausflüge nach anfänglichen Bedenken völlig problemlos laufen. Bei diesen Erfolgsgeschichten war es wichtig, die Eltern – schriftlich und am Besten im Gespräch – auf den Ausflug vorzubereiten und die Regeln deutlich zu kommunizieren, unter anderem in Bezug auf die Übernachtungen. Ein Regelbeispiel: Die Jungen dürfen nicht auf den Mädchenflur. Für viele ist das eine Selbstverständlichkeit. Manchen Eltern, die Schulausflüge nicht aus eigener Erfahrung kennen, ist dies aber nicht bewusst. Deshalb muss präzise kommuniziert werden, welche Regeln gelten und dass sie eingehalten und kontrolliert werden. So wird eine Sicherheit vermittelt, die letztlich zum Gelingen des gemeinsamen Schulausflugs beiträgt.

Neben gewohnten Themen wie Schulausflüge wird der Schulalltag auch immer wieder von Fragestellungen berührt, die aktuell in den Medien diskutiert werden. Das betrifft dann auch die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Ein Beispiel ist die Debatte um Zuwanderung von Roma aus Rumänien und Bulgarien, die vor allem eine Reihe von Großstädten betrifft. Da geht es um die Frage, wie die Beschäftigten mit ungewohnten Situationen umgehen, wenn sie auf ihnen nicht vertraute Familienkonstellationen treffen und darauf möglicherweise negativ reagieren weil diese scheinbar oder tatsächlich im Widerspruch zu ihren eigenen Wertesystemen stehen.

Bildung als Grundlage für Akzeptanz

Die interkulturelle Öffnung von (Kinder)Betreuungs- und Bildungseinrichtungen kann nicht isoliert stattfinden. Sie ist dann erfolgreich, wenn sich die gesamte Kommune mit all ihren Akteuren öffnet. So kann die Interkulturelle Öffnung ein Baustein gelingender gesellschaftlicher Integration sein. Diese findet unter anderem in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Bildung und Wohnen statt. Es ist unbestritten: In den Bildungseinrichtungen geschieht sehr vieles, was im Laufe der Zeit weit in diese Bereiche und den Alltag einer Kommune hineinstrahlt.

Wenn es gelingt, in den Schulen ganz offen darüber zu sprechen – wo es Unterschiede zwischen Menschen und deren (kulturellen) Erfahrungen gibt und wo Gemeinsamkeiten, wo es Wertunterschiede gibt und wie man damit produktiv umgehen kann – erweitern die Kinder und Jugendlichen ihre Kompetenzen. Sie erlernen Kulturtechniken für die Zuwanderungsgesellschaft. Wenn sie diese verinnerlichen, sind sie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren oder auch Botschafterinnen und Botschafter einer interkulturellen Öffnung, die in der Kommune alltäglich Wirkung entfaltet.

Damit diese Kulturtechnik verinnerlicht wird, müssen die Lernenden selbst positive Erfahrungen damit machen. Anders formuliert: Migrantinnen und Migranten dürfen nicht das Empfinden haben, benachteiligt zu sein. Hier liegt das Problem. Wir beobachten im Bildungsbereich immer wieder Diskriminierung – struktureller und individueller Art. Wir sind davon überzeugt, dass es eine kommunale Aufgabe ist, darauf zu achten, dass eine gleichberechtigte Teilhabe Aller am Menschenrecht Bildung sichergestellt wird. Wenn junge Leute auf den Weg gebracht werden sollen, Interkulturalität zu leben und vorzuleben, muss Diskriminierung im Alltag ausgeschaltet werden. Das verlangt das Recht auf Gleichbehandlung, und nutzt dem Miteinander und damit dem



sozialen Zusammenhalt in der Kommune. Zugespitzt stellt sich diese Frage aktuell in Bezug auf Flüchtlingskinder: Wie können die Kommunen eine Gleichbehandlung von Flüchtlingskindern, die zu uns kommen, sicherstellen? Sie sind meist entwurzelt, eventuell traumatisiert und haben oftmals keine Deutschkenntnisse. Es gibt mehrere Wege diese Situation zu meistern. Drei davon sind: das Einrichten von Vorbereitungsklassen, von Parallelklassen oder die Aufnahme in die Regelklassen. Hierfür müssen die notwendigen Strukturen geschaffen werden, d. h. langfristig Räume, Personal, finanzielle Mittel und ein pädagogisches Konzept zur Verfügung gestellt werden.



Wie können die Kommunen eine Gleichbehandlung von Flüchtlingskindern, die zu uns kommen, sicherstellen? Sie sind meist entwurzelt, eventuell traumatisiert und haben oftmals keine Deutschkenntnisse

Teilhabe als zentrales Ziel

Nur so kann das Leitziel der gleichberechtigten Teilhabe Aller erreicht werden. Auch die drei Projektkommunen im *Projekt veris*, Kreis Lippe, Stadt Kassel, Stadt Waldkirch, haben sich diesem Ziel verschrieben. Konkret unterscheiden sich die Kommunen bei der Verfolgung dieses Ziels in der Wahl der Mittel und Wege. Das hängt nicht zuletzt mit den eigenen Erfahrungen und den Kontextbedingungen zusammen.

In Kassel gibt es beispielsweise seit langem Zuwanderung aus Eritrea und Äthiopien. Das führt in der Stadtbevölkerung zu ganz anderen Einstellungen gegenüber Menschen, die dort aktuell als Flüchtlinge eintreffen, als dies in Waldkirch der Fall ist.

„In Großstädten und Landkreisen mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird ein hoher Handlungsdruck empfunden.“

Eine andere unterschiedliche Erfahrung ist der Umgang mit Heterogenität in Bildungseinrichtungen. Das bezieht sich nicht nur auf Migrationshintergrund oder Herkunft, sondern auch auf unterschiedliche Werte und Lebensweisen. Da ist die Erfahrung in einer Großstadt wie Kassel, die als Industriestandort auch stark von Arbeitsmigration geprägt ist, eben anders als im Kreis Lippe oder in Waldkirch, die weniger Erfahrungen damit haben. Das heißt aber auch: in Großstädten und Landkreisen mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird ein hoher Handlungsdruck empfunden. Da insbesondere der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr hoch ist, ist ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung aus Sicht der Kommunen allein schon deshalb von Bedeutung, weil diese Personen in all ihrer Vielfalt einen großen Teil des wirtschaftlichen und sozialen Potentials der Kommunen darstellen. Von daher ist es nachvollziehbar, dass manche Städte und Kommunen in Fragen der Integrationspolitik,

auch bei Bildungsmaßnahmen, schon mehr Erfahrungen gesammelt haben als andere. Aber auch für Kommunen mit solchen Erfahrungen sind neue Migrationsbewegungen wie etwa die Zuwanderung von Roma oder Bürgerkriegsflüchtlingen eine Herausforderung. Eine Lösung, die für alle passt und ewig hält, gibt es nicht. Zuwanderung, auch von Gruppen, die wir jetzt noch gar nicht im Blick haben, wird es auch weiterhin geben.

Aus unserer Sicht ist es wichtig den Handlungsdruck auch dann zu empfinden, wenn die kulturelle Vielfalt als sehr niedrig empfunden wird. Es stellt sich dann in einer Bildungseinrichtung die schwierige Frage: Wie vermittele ich in scheinbar homogenen Kontexten den Umgang mit kultureller Vielfalt, die perspektivisch eine so wichtige Kompetenz ist? Wie bereite ich Kinder auf eine kulturell vielfältige Umwelt vor? Wichtig ist in allen Fällen, die Strukturen immer wieder zu hinterfragen, flexibel anzupassen und im Idealfall präventiv zu planen.

Ein Blick über den Tellerrand Projektende

Das absehbare Ende des *veris-Projekts* führt zu Überlegungen, wie es danach weitergeht, wie eine Nachhaltigkeit sichergestellt werden kann. Das DGB Bildungswerk BUND wird wir auch zukünftig Angebote zum Thema interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Unternehmen unterbreiten. Und wir bemühen uns darum, Hilfestellung zu leisten – für Kommunen, Personalräte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

„Bereits jetzt gibt es strukturelle Änderungen, die im Projekt erarbeitet wurden: Das Leitbild der Kommunen wurde um Fragen der kulturellen Vielfalt und den Umgang mit Diskriminierung erweitert und Interkulturelle Kompetenz in Stellenprofile aufgenommen.“

Eine Schwierigkeit sind – wie so oft – die knapp bemessenen Mittel. Notwendig wäre eine kontinuierlichere Finanzierung als es im Moment möglich ist. Die Kommunen haben größtenteils kaum die finanziellen Mittel, um zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher über drei bis vier Tage für ein interkulturelles Training freizustellen und die Trainings zu bezahlen. Da muss nach Lösungen gesucht werden, auch unter dem Aspekt, dass es sich hier eigentlich nicht um Kosten handelt, sondern um Investitionen.

Außerdem wurden alle Projektergebnisse öffentlich gemacht damit alle Beteiligten Inhalte und Methoden nachvollziehen können und um den Wissensaustausch mit anderen, die sich auf diesem Gebiet engagieren, zu fördern. Dadurch können wir versuchen, die Qualität unserer Angebote weiter zu steigern. Wenn die Ressourcen begrenzt sind, müssen wir es schaffen, diese sehr gut einzusetzen. Auch hier haben wir in den drei Jahren des Projekts einiges gelernt, das für andere nachvollziehbar transferiert wird.

Schließlich sind auch die Kommunen selbst gefragt, dass sie das, was wir mit den Trainings, Workshops und Weiterbildungen angestoßen haben – auch in den Köpfen aller Beschäftigten – weitertragen und fortsetzen. Sie handeln auch entsprechend. Bereits jetzt gibt es strukturelle Änderungen, die im Projekt erarbeitet wurden: Das Leitbild der Kommunen wurde um Fragen der kulturellen Vielfalt und den Umgang mit Diskriminierung erweitert und Interkulturelle Kompetenz in Stellenprofile aufgenommen. Ich bin ganz zuversichtlich, dass die begonnene Arbeit in den Partnerkommunen fortgesetzt wird. Das Thema ist noch lange nicht vom Tisch.



Der Autor ist Leiter des *Projektes veris* und Leiter des Interkulturellen Kompetenzzentrums beim DGB Bildungswerk BUND



Projekt Veris: Verwaltungen interkulturell stärken – Vielfalt nutzen

Das *Projekt veris* läuft von Januar 2012 bis Dezember 2014. Mit dem Projekt werden Verwaltungen bei der interkulturellen Öffnung unterstützt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung erhalten und erweitern Kompetenzen mit denen sie in ihrer täglichen Berufspraxis produktiv mit Vielfalt umgehen können. Verantwortliche aus Verwaltungen arbeiten gemeinsam mit ihren Beschäftigten und Organisationen der Region weiter an den Strukturen der Verwaltung, so dass eine gleichberechtigte Teilhabe insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet und vorhandene Potentiale der Vielfalt genutzt werden können. Das Projekt wird im Rahmen des Programms XENOS – Integration und Vielfalt aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Hintergrund des Projekts

Vielfalt bedeutet für Verwaltungen sich auf Herausforderungen einzustellen und neue Chancen und Potentiale zu erschließen. Viele Verwaltungen haben sich daher auf unterschiedlichem Wege dem Thema der Interkulturellen Öffnung genähert. Für die Beschäftigten der Verwaltungen heißt die Vergrößerung der Vielfalt – zum Beispiel durch Migration – auch neue Kompetenzanforderungen. Sie sollen kultursensibel beraten oder im Kolleginnen- und Kollegenkreis mit Heterogenität und verschiedenen Kommunikationsweisen produktiv und professionell umgehen.

Ein wichtiges Element von interkulturellen Öffnungsprozessen ist daher die Weiterbildung der Mitarbeitenden. Flächendeckend soll geschult und trainiert werden, welche Vielfaltsmerkmale wahrgenommen werden können, welche Strategien es gibt, damit umzugehen und wie der Bezug zum Thema Migration ist. Dabei ist es wichtig, (kulturelle) Vielfalt nicht als reines Migrationsthema zu sehen, sondern auch andere Merkmale mit in den Blick zu nehmen. Gleichzeitig bedeutet es auch unter Migrantinnen und Migranten die Vielfalt besser zu erkennen. Es gibt keine homogenen Gruppen, für die es Patentrezepte gibt, sondern Individuen mit ganz spezifischen Lebenslagen und kulturellen Erfahrungen oder Zugehörigkeiten. Das zu erkennen und für den Berufsalltag nutzbar zu machen ist wichtig – für die Beschäftigten selbst und für die Bürgerinnen und Bürger.

Dabei sind sowohl strukturelle Bedingungen der Verwaltung als auch der Region zu beachten: Wie ist die Verwaltung aufgestellt? Welche Instrumente entscheiden z. B. über Einstellung und Aufstieg? Welche Möglichkeiten gibt es, verschiedene Lebensstile mit den Arbeitsbedingungen zu verknüpfen? Wie



Durch das Projekt veris lernen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter kultursensibel zu beraten



Stadt Waldkirch



werden die Mitarbeitenden beteiligt? In der Region stellen sich folgende Fragen: Welche Lebenslagen sind dort in welcher Häufung vertreten? Welche sozialräumlichen Bedingungen finde ich vor? Welche Organisationen und Personen sind aktiv, wenn es um Arbeitsmarkt, Migration, Vielfalt oder Diskriminierung geht? Wie kann ich das Know How der Akteure für meine Verwaltung nutzen und vorhandene Netzwerke oder Mittler einbeziehen?

Nur wenn die Verwaltungen diese Fragen beantworten und die Herausforderungen meistern, können sie die Potentiale der Vielfalt wirklich nutzen – das nützt der Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, den Beschäftigten bei der Effektivität, der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen an den Prozessen und Produkten der Verwaltung und der Region bei der Darstellung als weltoffener und attraktiver Standort.

Folgende Teilprojekte sind beteiligt:

Das Steuerungs- und Transferprojekt

Das DGB Bildungswerk BUND organisiert das Projekt, analysiert Bedarfe, entwickelt Schulungs- und Beratungskonzepte, organisiert die Bildungs- und Netzwerkveranstaltungen, transferiert das Projekt über die Teilprojektgrenzen hinaus und stellt das Personal für das Projekt.

Die regionalen Teilprojekte

Kreis Lippe

Hier werden die Mitarbeitenden der Verwaltung und kommunaler Einrichtungen im Umgang mit Vielfalt geschult und beraten – in enger Abstimmung mit der Integrationsbeauftragten Sabine Beine und der Projektgruppe Interkulturelle Öffnung des Kreises.

Stadt Waldkirch

Auch hier steht die Kompetenzentwicklung der Mitarbeitenden im Vordergrund unter starker Beteiligung der anderen Akteure vor Ort. Die Integrationsbeauftragte Regine Gudat koordiniert vor Ort.

Stadt Kassel

Interkulturelle Öffnung ist ein wesentlicher Bestandteil des kürzlich verabschiedeten Integrationskonzeptes der Stadt Kassel. Die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeitenden auszubauen und die Vielfalt an Nationalitäten und Kulturen im Berufsalltag noch mehr nutzbar zu machen, sind zentrale Ziele. Die Integrationsbeauftragte Dilek Usta organisiert in Kooperation mit dem Personal- und Organisationsamt die Umsetzung.



Mehr zu veris: www.ArbeitenInVielfalt.de



02

KEINE INSELLÖSUNG:

Interkulturelle Öffnung
von Kitas im Kreis Lippe

„Die Kinder sind unsere Zukunft“ – Es stellt sich aber die Frage, ob alle Kinder gemeint sind

Der Satz „Die Kinder sind unsere Zukunft“ ist in zahllosen Sonntagsreden x-fach zur Floskel abgenutzt worden. Richtig ist er dennoch. Es stellt sich aber die Frage, ob alle Kinder gemeint sind. Mit Blick auf die im Durchschnitt schlechteren Schulabschlüsse von jungen Migrantinnen und Migranten hieß und heißt es immer wieder einmal, diese Jugendlichen seien nicht ausbildungsfähig. Die damalige stellvertretende Vorsitzende des DGB und Vorsitzende des DGB Bildungswerk BUND, Ingrid Sehrbrock, rückte das in einem Kommentar für Forum Migration im Oktober 2010 zurecht: „Das ist eine reichlich infame Schuldzuweisung an diejenigen, die von einem Bildungssystem fallen gelassen wurden, das nicht in der Lage ist, die Herausforderungen, die mit einer Einwanderungsgesellschaft verbunden sind, zu meistern.“

Die Bemühungen, das Bildungssystem stärker auf die Bevölkerungsstruktur auszurichten, also Gleichbehandlung von Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen, haben zugenommen – und zwar auf allen Stufen der Bildungskette. Dass der Weg noch weit ist, darf kein Hindernis sein, ihn zu gehen. Das Erreichen des Ziels gleiche Bildungschancen ist nicht schon die Herstellung von Gleichbehandlung in der Gesellschaft insgesamt, aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

Auf dem Integrationsgipfel der Bundesregierung Ende Mai 2013 griff Michael Sommer als DGB-Vorsitzender die geringere berufliche Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten auf: „Im gerade vom Bundeskabinett verabschiedeten Berufsbildungsbericht lesen wir, dass die niedrigeren Schulabschlüsse ein Grund dafür seien. Gleichzeitig aber wird ausgeführt, dass auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen die Chancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund signifikant niedriger liegen. Leider hat sich die Situation in den letzten Jahren nicht verbessert. Immer noch spielen neben der Vorbildung das Wohnquartier und die Herkunft, insbesondere in der ersten Phase des Bewerbungsverfahrens, eine wichtige Rolle.“

Die Öffnung des Bildungssystems im Sinne von Schaffung gleicher Chancen lässt sich also nicht von anderen Aufgaben auf dem Feld Integration trennen, wie etwa der Überwindung von Diskriminierung. Ein integrierter Ansatz um mit dieser komplexen Situation umgehen zu können, ist eine interkulturelle Öffnung als Querschnittsaufgabe. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Eine interkulturelle Öffnung von Kitas als erstem Glied in der Bildungskette ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Gleichbehandlung. Sie muss eingebettet sein in eine interkulturelle Öffnung der Kommune insgesamt, die für die Kitas zuständig ist. Andersherum kann die interkulturelle Öffnung einer Kommune kein abstrakter Beschluss politischer Gremien sein, sondern muss die einzelnen Teile – Behörden, aber auch nicht-städtische Organisationen wie Vereine – der Kommune erfassen. Erst deren Summe macht die interkulturelle Öffnung aus.



Inklusion muss von Beginn an gelebt werden – Den Kitas wird als einem Ort der Weichenstellungen eine große Verantwortung aufgebürdet

Ort der Weichenstellungen

Frühkindliche Erziehung ist in der öffentlichen Debatte vielfach in den Fokus gerückt. Bildung müsse bei den Kleinsten ansetzen, Inklusion muss von Beginn an gelebt werden, das interkulturelle Zusammenleben wird am besten schon im Kindesalter eingeübt – so oder so ähnlich wird sehr nachvollziehbar argumentiert. Und dann landet der Ball da, wo das alles geschehen soll, in den Kitas.

Den Kitas wird als einem Ort der Weichenstellungen eine große Verantwortung aufgebürdet – dies in einer Welt der neuen Unübersichtlichkeit. In einem „Qualitätshandbuch der städtischen Kindertagesstätten“ für die Stadt Kassel aus dem Jahr 2009 heißt es: „Unsere Welt ist gekennzeichnet durch Pluralität, Unsicherheiten, Gegensätzlichkeiten und Subjektivität. Bislang allgemein gültige Wertvorstellungen, mit denen wir uns und unseren Kindern die Welt erklären konnten, werden zunehmend in Frage gestellt; es gibt keine allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten mehr... Die Unübersichtlichkeit, Komplexität und Unsicherheit birgt auch die Chance der Reichhaltigkeit und der Mitgestaltung sozialer Arrangements.“

Eine entscheidende Pluralität, die die Stadtgesellschaften prägt, ist deren interkulturelle Zusammensetzung, deren Bedeutung noch zunehmen wird. In den jüngeren Altersgruppen ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund größer als im Durchschnitt. Wenn diese Gruppe älter wird, fällt sie in den Bereich mittleres Alter. Will man sie im Blick behalten, hilft die Definition Jüngere nicht mehr. Für diese Beobachtungsweise gibt es in der Statistik den Begriff Alterskohorte. Wenn diese Kohorte der heute Jungen und ganz Jungen älter wird und parallel die derzeit alten Altersgruppen (mit geringerem Anteil von Migrantinnen und Migranten) sterben, wächst der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – vorausgesetzt die nachwachsenden Alterskohorten haben einen zumindest durchschnittlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Aus dieser Perspektive fällt den Kitas auch noch die Weichenstellung dafür zu, bei den ganz jungen Migrantinnen und Migranten die Bildungsbasis zu schaffen, damit sie die künftige Fachkräftebasis für die Wirtschaft sicherstellen können.

Die Blicke sind also – mit großen Erwartungen verbunden – auf die Kitas und die Erzieherinnen und Erzieher gerichtet. Ob die öffentliche Wertschätzung und die Bezahlung damit korrespondieren dürfte nebenbei bemerkt eher zweifelhaft sein. Die Erwartungen an eine interkulturelle Öffnung von Kitas sind dann ebenfalls sehr hoch gehängt. Eine Checkliste¹ dazu kann beispielsweise so aussehen:

- 1** Interkulturelle Orientierung explizit im Konzept/Leitbild
- 2** Regelmäßige (pädagogische) Aktivitäten zu europäischen/globalen Themen
- 3** Muttersprachen aller Kinder sind zu hören
- 4** Konzept zur Förderung von Mehrsprachigkeit
- 5** Kulturelle und sprachliche Ressourcen von Eltern und Kindern werden genutzt



- 6 Interkulturelle (IK)-Fachkräfte im Team
- 7 Menschen mit Migrationshintergrund im Team
- 8 Kenntnisse mindestens einer Herkunftssprache bei allen im Team
- 9 Material zum IK-Lernen steht bereit
- 10 Organisationsübergreifender Austausch, z. B. mit Kitas mit hohem Anteil an Migrantinnen und Migranten
- 11 Fortbildungen in IK für alle Mitarbeitenden

Die Liste kann man als Anregung dafür nehmen, was der Reihe nach abgearbeitet werden sollte. Sie kann aber auch wegen ihrer Umfänglichkeit abschreckend wirken.

Praxisorientierung

Denjenigen, die im *veris-Projekt* mit Kitas befasst sind, ist zumindest derzeit weniger an wissenschaftlicher Systematik gelegen oder umfassender Abdeckung des Themas. Ihre Erwartungen richten sich eher darauf, wie sie sich für ihre berufliche Praxis weiterbilden können. Margit Monika Hahn, pädagogische Mitarbeiterin im kommunalen Integrationszentrum des Kreises Lippe, bringt das plastisch auf den Punkt. In einem Gespräch antwortet sie auf die Frage nach Weiterbildungen für die Erzieherinnen und Erzieher: „Wir bieten zum Beispiel interkulturelle Trainings an. Ich glaube aber, wir können die notwendige Sensibilität auch dadurch vermitteln, dass wir ins Alltagsgeschehen hineingehen. Anders gesagt: Wenn ich den ganzen Tag über Interkulturalität rede, weiß ich danach nicht unbedingt, wie ich das nächste Fest oder die nächste Veranstaltung gestalte. Wir sollten berücksichtigen, was in den Kindergärten passiert und dementsprechend bedarfsgerecht arbeiten. Wir stehen beratend zur Verfügung z. B. wenn in Kindergärten Veranstaltungen geplant werden. Wir achten darauf, ob alle Menschen berücksichtigt werden, ob mit allen Eltern zusammengearbeitet wird, ob alle Kinder Beachtung finden.“

Der Praxisbezug bedeutet freilich nicht, dass es keine Systematik gibt. Die Systematik im Kreis Lippe besteht vor allem darin, eine interkulturelle Öffnung nicht isoliert für einen Bereich anzugehen, sondern die gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedensten Bereiche im Auge zu haben und eine Öffnung insgesamt voranzubringen – auch wenn im Alltag Schwerpunkte gesetzt werden müssen, auf die über einen gewissen Zeitraum mehr Mühe verwandt wird als für andere.

Margit Monika Hahn: „Unser Auftrag ist klar: Interkulturelle Öffnung und Erhöhung der interkulturellen Kompetenz, und zwar auf allen Ebenen. Wir müssen vermitteln, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist, die alle Bereiche betrifft. In regelmäßigen Abständen überprüfen wir, welche Schwerpunkte wir setzen.“

Ein zentraler Ansatz bei der Arbeit mit Kitas im Kreis Lippe zielt zunächst eher auf die Eltern und weniger auf die Kinder. Margit Monika Hahn: „Integration gelingt am



Klarer Auftrag an deutsche Kitas: Interkulturelle Öffnung und Erhöhung der interkulturellen Kompetenz auf allen Ebenen



Kein Kind wird damit geboren, andere Gruppen auszuschließen. Deshalb ist es wichtig, dass das Umfeld der Kinder – die Erwachsenen – Toleranz vorleben

besten, wenn man präventiv arbeitet. Jüngeren gelingt die Integration leichter, weil sie weniger negative Vorurteile aufgebaut und auch weniger negative Erfahrungen – etwa im Sinne von Ablehnung – in ihrem Umfeld gemacht haben. Natürlich aber bringen die Kinder schon auch Erfahrungen aus der Familie mit und aus ihrem sozialen Umfeld, wo sie Kontakte haben. Das ist aber noch nicht so verfestigt wie bei Erwachsenen, die über Jahrzehnte Erfahrungen mit Mitmenschen gemacht haben. Die Kleinen in der Kita nehmen im Wesentlichen die Welt so wahr wie sie ist. Da gibt es noch keine Wertungen.“ Deshalb ist zunächst einmal das Umfeld der Kinder im Blick, weil sie dadurch geprägt sind.

Dass die Erzieherinnen und Erzieher die Eltern mit Migrationshintergrund gezielt ansprechen, dürfte eher der Normalfall sein. Im Kreis Lippe geht es im Rahmen einer umfassenden Integrationspolitik darum, die Eltern auch dann zu erreichen, wenn ihre Kinder noch nicht in der Kita sind.

Das Kommunale Integrationszentrum arbeitet deshalb auch mit Geburtskliniken und Hebammen zusammen. Alle Neugeborenen und ihre Eltern werden besucht und erhalten Informationen, wie sie Unterstützung erhalten können. Vor allem für Eltern mit Migrationshintergrund ist das wichtig, wenn sie sich nicht in den Strukturen und Ämtern auskennen.

Aber nicht nur die Kinder, die neu geboren werden und ihre Eltern stehen im Fokus. Familien mit Kindern, die neu in den Kreis ziehen werden vom „Frühen Besuchsdienst“ des DRK angeschrieben und ihnen wird angeboten, Kontakt aufzunehmen. Diese Anschreiben sind zum Teil in der Herkunftssprache verfasst. Wenn die Eltern sich angesprochen fühlen, werden sie zu Hause besucht und unterstützt, die Angebote zu finden, die ihnen nützlich sein können. Natürlich gehören auch Informationen über die frühkindliche Erziehung und die dafür zuständigen Einrichtungen dazu.

Das Bemühen, die Eltern zu erreichen, zeigt, dass eine interkulturelle Öffnung von Kitas nicht isoliert betrachtet wird und auch nicht betrachtet werden kann. Sie ist Teil eines Gesamtkonzepts gleichermaßen zur Integration und interkulturellen Öffnung, bei dem vieles ineinander greift. Dieser Zusammenhang gilt auch andersherum: Eine interkulturelle Öffnung der Kitas ist nur möglich, wenn auch die Gesellschaft drumherum sich interkulturell öffnet.

„Kein Kind wird damit geboren, andere Gruppen auszuschließen“

Kern der interkulturellen Öffnung der Kitas ist für Margit Monika Hahn die Einübung von Toleranz, was Diskriminierung verhindert bzw. Gleichbehandlung befördert. Ein wichtiger Ansatzpunkt liegt für Hahn dabei weniger bei den Kindern als vielmehr bei deren Umfeld. Margit Monika Hahn: „Kein Kind wird damit geboren, andere Gruppen auszuschließen. Deshalb ist es wichtig, dass das Umfeld der Kinder – die Erwachsenen – Toleranz vorleben. Das gilt für die Eltern genauso wie für die Erzieherinnen und Erzieher. Man kann von den Kindern nichts verlangen, was ihnen nicht vorgelebt wird. Wenn aber Erwachsene bestimmte Gruppen immer in einem negativen Kontext erwähnen, prägt das die Kinder und leistet einer Diskriminierung dieser Gruppe durch die Kinder Vorschub. Dies dann sicher auch, wenn sie älter werden und Jugendliche oder junge Erwachsene sind.“



„Das Lernen von Akzeptanz und Menschlichkeit ist ein Schwerpunkt bei der interkulturellen Öffnung der Kitas als Mosaikstein in der interkulturellen Öffnung des Kreises. Daneben gilt es, den Grundstein dafür zu legen, dass Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule erfolgreich sein können.“

Vorleben bedeutet auch, dass die Kinder in den Kitas ihre Welt so erleben, wie sie auch „draußen“ ist, mit Erzieherinnen und Erziehern, die unterschiedlicher Herkunft sind. Margit Monika Hahn sieht das etwas differenzierter: „Es wird vielfach darauf hingewiesen, dass Beschäftigte aus verschiedenen Herkunftsländern in einer Einrichtung vertreten sein sollten. Das alleine macht es aber nicht aus. Ich bin sicher, dass jeder Mensch in der Lage ist, Werte zu vermitteln und zwar unabhängig davon, wo er herkommt. Es ist vollkommen egal, ob jemand einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Es geht darum, dass in der Kita Menschlichkeit und eine tolerante Haltung vermittelt werden. Und unsere Aufgabe ist es, alle Erzieherinnen und Erzieher dabei zu unterstützen.“

Das Lernen von Akzeptanz und Menschlichkeit ist ein Schwerpunkt bei der interkulturellen Öffnung der Kitas als Mosaikstein in der interkulturellen Öffnung des Kreises. Daneben gilt es, den Grundstein dafür zu legen, dass Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule erfolgreich sein können. Das heißt: Die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas mündet in einem Übergangsmanagement von Kita zur Schule. Margit Monika Hahn fasst das so zusammen: „Methodensicherheit und Materialausstattung, die es Erzieherinnen und Erziehern ermöglicht, eine adäquate interkulturelle Pädagogik umzusetzen, runden die Integrationsbemühungen im Rahmen der frühen Pädagogik und der Elementarpädagogik ab. Startchancen für Kinder mit Migrationshintergrund erhöhen sich in der Übergangssituation vom Kindergarten in die Grundschule durch enge Kooperation der an der Gestaltung dieser Übergangsphase mitwirkenden Verantwortlichen.“

Die Liste derer, die bei der Gestaltung der Übergangsphase beteiligt sind, ist lang. Dazu gehören u. a. Erzieherinnen und Erzieher, Fachberaterinnen und -berater für Kindertageseinrichtungen (der kommunalen und freien Träger), Verwaltungskräfte im Aufgabenbereich Kindertageseinrichtungen, Beschäftigte der Jugendhilfe, Grundschulen, Schulräte, Ärztinnen und Ärzte und vor allem die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten.

Unterschiedlichkeiten als Normalität und Chance

Kitas sind – wie oben erwähnt – ein Ort der Weichenstellung. Für Margit Monika Hahn ist das nicht nur für die Kinder von Bedeutung, sondern für die Gesellschaft insgesamt: „Kinder sind die nächste/n Generation/en, welche die Geschicke unserer Gesellschaft prägen und bestimmen. Letztendlich werden sie die Menschen sein, die unser Gemeinwesen führen und uns regieren werden, wenn die jetzigen Erwachsenen die älteste Generation sind. Wenn die gesellschaftliche Gemeinschaft dann nach wie vor den Werten der Freiheit, der Gleichberechtigung, der Toleranz, Wertschätzung und Friedfertigkeit verpflichtet sein und auf demokratischer Basis leben soll, müssen wir Kindern Anleitung geben und eine Erprobung der Werte ermöglichen. Da unsere Gesellschaft durch ein hohes Maß an kultureller, traditioneller, religiöser und sprachlicher Unterschiedlichkeit geprägt ist, ist zu wünschen, dass Kinder und Jugendliche diese Unterschiedlichkeiten nicht als Bedrohung oder Belastung empfinden, sondern als Normalität und als Chance. Es gilt also, früh antirassistische und vorurteilsfreie Haltungen bei Kindern zu fördern.“



Kinder sind die nächste/n Generation/en, welche die Geschicke unserer Gesellschaft prägen und bestimmen

03

KOMMUNIKATION ALS ANGELPUNKT:

Interkulturell geöffnete
Schulsozialarbeit in Waldkirch

Das Beispiel Rütli-Schule in Berlin-Neukölln zeigt, dass ein Engagement dafür, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – die zudem sozial schwachen Familien entstammen – eine Chance zu geben, beachtenswerte Erfolge erzielen kann

Im März 2006 schaffte es eine Schule aus dem Norden im Berliner Bezirk Neukölln bundesweit in die Schlagzeilen, die Rütli-Schule. Auslöser war ein Brandbrief eines Teils des Kollegiums über Gewaltprobleme und die Unmöglichkeit halbwegs geordneten Unterricht durchführen zu können. Die Zutaten der in der Tat problematischen Situation ergaben für die Pflasterpresse die nahezu ideale Mischung. 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler waren arabischer Herkunft, 25 Prozent türkischer Herkunft, 17 Prozent deutscher Herkunft. Das in einer Gegend, in der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble Slums verortete: „Es gibt bereits Slums in deutschen Großstädten. Das sind zwar nicht ganze Stadtviertel, aber schon Teile von ihnen, etwa in Berlin-Neukölln...“, so Schäuble in einem Interview mit der Welt am Sonntag im April 2006. Nach acht Jahren ist aus der berühmtesten Hauptschule Deutschlands ein Vorzeigeprojekt geworden, der Rütli-Campus. Organisatorische Veränderungen, Freizeitangebote, ein Schulsozialarbeiter, drei interkulturelle Moderatoren, Einbeziehung der Eltern auch mehrsprachig durch die Moderatoren und viel Engagement der Beteiligten haben den Wandel geschafft. Worin der Erfolg liegt, hat Aleksander Dzembitzki, zwischenzeitlich Leiter der Rütli-Schule, schon 2009 auf den Punkt gebracht: „Die Schüler haben begriffen, dass sie eine Chance haben, wenn sie es wollen.“ Dass hier das Problem liegt hätte man auch 2006 – zu Zeiten des Brandbriefs – schon sehen können. Zum damals letzten Schulabschluss hat keine Schülerin und kein Schüler einen Ausbildungsplatz bekommen. Ignoriert, ausgesondert, gewalttätig – die Light-Version dessen, was man aus französischen Vorstädten kennt.

Das plakative Beispiel Rütli-Schule zeigt, dass ein Engagement dafür, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – die zudem sozial schwachen Familien entstammen – eine Chance zu geben, beachtenswerte Erfolge erzielen kann. Schulsozialarbeit trägt dazu bei. Und sie kann verhindern, dass Situationen entstehen wie in Nord-Neukölln, wo viele den Eindruck hatten, das Kind sei bereits in den Brunnen gefallen. Eine erfolgreiche Schulsozialarbeit mit Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund trägt nicht nur dazu bei, das Gleichbehandlungsgebot zu erfüllen. Sie hat auch den ökonomischen Effekt, in Zeiten des demografischen Wandels einem potenziellen Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken.

Die interkulturelle Öffnung der Schulsozialarbeit ergänzt die Öffnung der Kitas und setzt sie gleichzeitig fort. Sie fügt sich in einen Gesamtrahmen interkultureller Öffnung von Verwaltung und Kommune.

Öffnung der Schulsozialarbeit war auch ein Thema im Rahmen des *veris-Projekts* – so etwa auf einem Workshop Schulsozialarbeit in Waldkirch. Die dort diskutierten Fragen dürften die Situation in vielen Kommunen widerspiegeln. Auf dem Workshop wurde zunächst der Sachstand untersucht. Auf der Habenseite wurden Weiterbildung, Koope-



„Eine zentrale Frage bei interkultureller Öffnung ist Kommunikation oder auch Vernetzung mit Strukturen der Zielgruppe und die Ausrichtung der eigenen Strukturen darauf.“

„Eine solche Kommunikation wird ganz sicher unterfüttert durch Kontakte zu Vereinen und Organisationen der Migrantinnen und Migranten.“

ration mit Beratungsstellen oder auch Freiräume für Gebete genannt. Hier gibt es eine zumindest tendenzielle Öffnung. Diese fehlt u. a. noch beim Zugehen auf Menschen mit Migrationshintergrund, Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund, Kontakte zu Vereinen/Organisationen von Migrantinnen und Migranten und auch Überprüfung der eigenen Strukturen. Die kurze Liste zeigt: Eine zentrale Frage bei interkultureller Öffnung ist Kommunikation oder auch Vernetzung mit Strukturen der Zielgruppe und die Ausrichtung der eigenen Strukturen darauf.

Die vielleicht etwas abstrakt klingende Beschreibung lässt sich relativ einfach auf eine konkrete Zielsetzung herunter brechen, die auf dem Workshop formuliert wurde: „Verständigung mit Eltern und Schülerinnen/Schülern die nicht ausreichend Deutsch sprechen in komplexen Situationen.“ Als Möglichkeit hier Unterstützung zu erhalten werden Verwandte oder Bekannte der Betroffenen benannt. Notfalls muss auch auf eine professionelle Übersetzung zurückgegriffen werden, was allerdings die Frage der Kosten aufwirft. Eine Übersetzungshilfe, die dazu beiträgt, dass alle Beteiligten ihre Meinung und Fragen einbringen können. So entsteht eine Kommunikation auf Augenhöhe, ein Machtgefälle wird vermieden.

Eine nahezu klassische komplexe Situation, in der eine funktionierende Kommunikation benötigt wird, ist eine Klassenfahrt. Hier kommt es immer wieder einmal zu der Situation, dass Eltern mit Migrationshintergrund der Beteiligung ihrer Kinder nicht zustimmen. Dabei ist es zunächst einmal wichtig herauszufinden, welche Gründe für die Entscheidung maßgebend sind. Genannt werden religiöse/kulturelle oder auch finanzielle Gründe. Für Letzteres gibt es die Möglichkeit von Zuschüssen. Hier muss bedacht werden, dass viele durchaus eine Scheu haben, finanzielle Hilfen anzunehmen.

Bei religiösen oder kulturellen Gründen müssen die Eltern genau informiert werden. Es gibt durchaus erfolgreiche Beispiele, wie es gelingen kann, die Entscheidung zu revidieren. Dazu ist eine herrschaftsfreie Kommunikation nötig. Es muss deutlich gemacht werden, dass es feste Regeln gibt, deren Einhaltung auch kontrolliert wird. Gleichzeitig muss eine mögliche Religionsausübung ebenso sichergestellt sein wie Halal- oder koschere Speisen. Weitere Regeln sollten sich auf den Umgang mit Alkohol, Zigaretten oder anderen Drogen beziehen. Das alles kann in einem Merkblatt festgehalten werden. Sehr viel Erfolg versprechender ist aber ein Gespräch. Um den Eltern glaubhaft vermitteln zu können, dass die Regeln bestehen und eingehalten werden, ist – wie gesagt – eine funktionierende Kommunikation nötig.

Eine solche Kommunikation wird ganz sicher unterfüttert durch Kontakte zu Vereinen und Organisationen der Migrantinnen und Migranten. Das gilt zum einen für den genannten Konfliktfall Klassenfahrt. Bei einem guten Kontakt zu Migrantenorganisationen kann sicher die Möglichkeit geschaffen werden, allgemein über das Thema zu informieren. Zum anderen schafft ein solcher Kontakt Zugang zu der Lebenswelt der Communities. Dabei dürften dann Fragestellungen und Anforderungen an die Schulsozialarbeit auftauchen, von denen vorher niemand eine wirkliche Ahnung hatte. Auf einer solchen Basis kann dann auch daran gegangen werden, die eigenen Strukturen der Schulsozialarbeit darauf einzurichten. Die Punkte, für die der Workshop einen Nachholbedarf bei interkultureller Öffnung festgestellt hat, sind also durchaus von großer Bedeutung. Zum Thema Kommunikation zählen im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Schulsozialarbeit auch die Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und



Beim Thema Klassenfahrt kommt es immer wieder einmal zu der Situation, dass Eltern mit Migrationshintergrund der Beteiligung ihrer Kinder nicht zustimmen

Schüler. Und dazu zählt eine Bestandsanalyse, welche sprachlichen Kompetenzen es in den Schulen gibt, die gegebenenfalls genutzt werden können. Hier muss allerdings eine Übereinkunft darüber erzielt werden, unter welchen Bedingungen sie genutzt werden und ob eine gesonderte Bezahlung für Übersetzungsleistungen nötig ist. Der Fall, dass mehrsprachige Reinigungskräfte oder Pförtner übersetzt haben, ist durchaus vorgekommen. Da wäre eine gesonderte Bezahlung zweifellos angebracht. Gleichzeitig muss geprüft werden, welche Dolmetscherdienste es gibt und wie teuer sie sind. Darüber hinaus muss die Nutzung vorhandener sprachlicher Kompetenzen durch die Anschaffung von Wörterbüchern und andere unterstützende Medien forciert werden.

Eine besondere Herausforderung für die Schulsozialarbeit und die Schulen insgesamt liegt aktuell sicher darin, dass angesichts zahlreicher Krisen- und Bürgerkriegssituationen die Zahl der Flüchtlinge, die es nach Deutschland schaffen, deutlich steigt.



Wie kann sich Schulsozialarbeit Roma-Jugendlichen zuwenden, die auf Grund der Situation in ihren Herkunftsländern Flüchtlinge sind und denen rassistische Vorurteile entgegenschlagen?

Da taucht zunächst das Problem auf, dass auch viele der Kinder und Jugendlichen die zu uns kommen, traumatisiert sind. Die Schulsozialarbeit wie die Schule insgesamt dürften darauf kaum vorbereitet sein. Eine andere Schwierigkeit liegt darin, die Betroffenen – die Flüchtlinge also – über Communities zu erreichen. Viele Flüchtlinge kommen aus Ländern, die hier bestenfalls in einigen Großstädten auf organisierte Strukturen von Menschen treffen, die aus demselben Land kommen. Entsprechend dem Königsteiner Schlüssel übers Land verteilt leben Asylbewerber von daher eher isoliert. Weitere Fragen: Wie sollen die Kinder und Jugendlichen beschult werden, deren Deutschkenntnisse gegen Null gehen? Was bedeutet Integration als Zielstellung, wenn nach einiger Zeit eine Abschiebung drohen kann? Oder um von dem Beispiel syrische



Flüchtlinge wegzukommen: Wie kann sich Schulsozialarbeit Roma-Jugendlichen zuwenden, die auf Grund der Situation in ihren Herkunftsländern Flüchtlinge sind – auch wenn die Politik das anders sieht und sie über die EU-Freizügigkeit nach Deutschland kommen – und denen rassistische Vorurteile entgegenschlagen? Das Beispiel zeigt, dass es bei einer interkulturellen Öffnung der Schulsozialarbeit keine endgültige Ausrichtung gibt, da Zielgruppen hinzukommen können (und kommen), die besondere Aufgabenstellungen mit sich bringen.



Zentraler Punkt des veris-Workshops ist die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz bei den Schülerinnen und Schülern

Gleichwohl bildet die „Grundausstattung“ einer interkulturellen Öffnung die Basis für die Arbeit mit Zielgruppen, die andere Bedürfnisse mit sich bringen als jene, die bislang den Arbeitsalltag bilden. Ein zentraler Punkt, der auf dem Workshop erarbeitet wurde, ist die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz bei den Schülerinnen und Schülern. Die Schulleitungen davon zu überzeugen, dass das Thema wichtig ist, dürfte eher einfach sein. Etwas schwieriger ist es, Wege zu finden das Thema in den Unterricht zu integrieren, da es zusätzlichen Zeitaufwand bedeutet. Hier wäre es sicher sinnvoll, schulübergreifend zusammenzuarbeiten.

Für eine Öffnung der Schulsozialarbeit ist auf der organisatorischen Ebene schließlich die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz unter den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern nötig. Das betrifft zum einen die einzelnen. Hier müssen sowohl Grundlagen- als auch Vertiefungsschulungen angeboten und gegebenenfalls verpflichtend gemacht werden. Bei Einstellungen sollte interkulturelle Kompetenz als Kriterium gelten, wobei auch eine Nachqualifizierung möglich sein könnte.

Zum anderen ist es wichtig, dass die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter als Gruppe interkulturell gemischt sind. Das heißt: Die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll erhöht werden. Das kann über eine Quote geschehen oder auch über eine Selbstverpflichtung, deren Einhaltung nach einem gewissen Zeitraum im Rahmen eines Monitorings überprüft wird.

Eine interkulturelle Öffnung der Schulsozialarbeit ändert nicht deren Aufgabenstellung der individuellen Hilfe für Schülerinnen und Schüler einerseits und der Schaffung von Strukturen andererseits, die dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler sich in der Schule wohl fühlen und dadurch eher Lernerfolge erzielen können. Durch die interkulturelle Öffnung werden auch die jungen Leute besser erreicht, die durch einen zur Mehrheitsgesellschaft unterschiedlichen kulturellen Hintergrund geprägt sind. Bei der generellen Tonlage der sozialen Arbeit an den Schulen muss aber immer wieder eine Botschaft deutlich werden. Nicht: Ihr seid anders, sondern: Ihr gehört dazu. Dies zu akzeptieren ist die Basis für gleichberechtigtes Zusammenleben, -arbeiten, -lernen.

„Bei der generellen Tonlage der sozialen Arbeit an den Schulen muss aber immer wieder eine Botschaft deutlich werden. Nicht: Ihr seid anders, sondern: Ihr gehört dazu. Dies zu akzeptieren ist die Basis für gleichberechtigtes Zusammenleben, -arbeiten, -lernen.“

04

SPRACHKURSE ALS AUSGANGSPUNKT:

Volkshochschulen auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung – zum Beispiel Kassel



Die Volkshochschulen sind der größte Partner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei der Durchführung der Integrationskurse

Tue Gutes und rede drüber. Nach diesem Motto berichtet der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) auf seiner Homepage über den Beitrag der Volkshochschulen zur Integration: „Fast die Hälfte der Unterrichtsstunden im Fachbereich Sprachen entfallen auf Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Dies verdeutlicht die wachsende Nachfrage bei Menschen mit Migrationshintergrund und den außerordentlich wichtigen Beitrag der Volkshochschule zur sprachlichen und gesellschaftlichen Integration. Sie sind damit auch der größte Partner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei der Durchführung der Integrationskurse. Seit 2005 wurden bundesweit 25.621 Integrationskurse in deutschen Volkshochschulen durchgeführt, an denen 321.294 Menschen teilnahmen (Stand: Dez. 2013).“

Die daran anknüpfende Bemerkung, wonach die Volkshochschulen „seit langem zentrale Integrationsaufgaben in der und für die Kommune“ wahrnehmen, dürfte zutreffend sein. Die Rolle der Sprachkurse wird auch an einer anderen Zahl deutlich. Im Bildungsbereich Sprache bilden sie laut „Volkshochschul-Statistik 2014“ mit einem Anteil von 47 Prozent an allen Unterrichtsstunden den bei weitem größten Posten.

Nur sind die Volkshochschulen nicht allein schon dadurch interkulturell geöffnet, dass sie in großem Umfang Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten anbieten. Nimmt man ein (idealtypisches) Sieben-Stufen-Modell für interkulturelle Öffnung, das Roderich Kulbach² für die Bewertung in der Praxis vorschlägt, sind die Volkshochschulen damit auf der zweiten (Dienstleistungen an Kunden aus Minoritätsgruppen werden bemerkbar) oder eher dritten Stufe (Organisationen entdecken Zuwanderer als neues Kundensegment). Aber ein Anfang ist gemacht. Sprachkurse sind einerseits Teil der Integration auf kommunaler Ebene und andererseits Ansatzpunkt für die Volkshochschulen, sich interkulturell zu öffnen.

Auch in Kassel spielen Deutschkurse eine große Rolle. Gerhard Klingelhöfer, Pädagogischer Leiter der Volkshochschule Region Kassel: „Deutsch als Zweitsprache ist im Volkshochschulbereich Kassel seit eh und je ein großer Bereich, der im Augenblick noch stark anwächst, wie übrigens überall in Deutschland. Die Kurse sind eine Aufgabe, die uns die kommunale Politik stellt. Wir sind als Volkshochschule im Auftrag des Landkreises und der Stadt Kassel tätig. Und es ist ein zentrales Anliegen unseres Trägers, dass die Sprachkurse in kommunaler Hand durchgeführt werden. Von daher waren die Deutschkurse immer schon ein genuines und umfangreiches Aufgabenfeld der Volkshochschule in der Region Kassel. Unterstrichen wird das dadurch, dass wir ein eigenes Gebäude haben, wo diese Kurse stattfinden.“ Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen im Rahmen der Integrationskurse zur vhs.



„Die vhs verzichtet bewusst auf Angebote allein für Migrantinnen und Migranten. Abgesehen von den Sprachkursen widerspricht es unserer Auffassung von Erwachsenenbildung, Migrantinnen und Migranten als gesonderte Zielgruppe zu behandeln und quasi zu stigmatisieren.“

Gerhard Klingelhöfer, Pädagogischer Leiter der Volkshochschule Region Kassel



Aktuelles Programmheft der vhs Kassel in deutscher Sprache – zugänglich für Migrantinnen und Migranten?

Bundesweit sind in der „Volkshochschul-Statistik 2014“ auch spezielle Angebote für Ausländerinnen und Ausländer – so heißt die Rubrik da – erfasst. Der Spracherwerb macht da den allergrößten Anteil aus. Von 26.768 Kursen (hier nicht nach Unterrichtsstunden erfasst) fallen 24.664 in den Bereich Sprache, das macht 95,7 Prozent. Die anderen Programmbereiche liegen zwischen 0 und 1,7 Prozent Anteil an Kursen. Warum die besondere Adressatengruppe Ausländerinnen und Ausländer heißt und nicht Migrantinnen und Migranten ergibt sich aus der „Volkshochschul-Statistik 2014“ übrigens nicht.

Die vhs Kassel verzichtet – wie andere Volkshochschulen auch – bewusst auf Angebote allein für Migrantinnen und Migranten. Gerhard Klingelhöfer: „Abgesehen von den Sprachkursen widerspricht es unserer Auffassung von Erwachsenenbildung, Migrantinnen und Migranten als gesonderte Zielgruppe zu behandeln und quasi zu stigmatisieren. Unser Ansatz ist eher integrativ. Das heißt unsere Themen, die wir anbieten, sollten für alle offenstehen. Auch andere Kurse für Zielgruppen, etwa Frauen oder ältere, haben wir deutlich zurückgefahren.“

Allerdings stellt sich die Frage, in wieweit Migrantinnen und Migranten Weiterbildungsangebote der Volkshochschulen insgesamt nutzen – vom Yoga-Kurs bis zur beruflichen Weiterbildung. Daten darüber sind allerdings weder bundesweit noch in Kassel verfügbar.

Sie dürften sich allerdings nicht wesentlich von der Weiterbildungsbeteiligung insgesamt unterscheiden. Daten dazu bietet der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Bericht „Weiterbildungsverhalten in Deutschland“, der Ende 2013 erschien und Daten des Adult Education Survey 2012 verarbeitet, der in allen EU-Mitgliedstaaten erhoben wird. Demzufolge nehmen Deutsche ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger an Weiterbildung teil als Deutsche mit Migrationshintergrund (definiert als deutsche Staatsangehörige, deren Erstsprache nicht Deutsch ist) und Ausländerinnen und Ausländer.

Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund lag die Weiterbildungsquote 2012 bei 52 Prozent. Bei Ausländerinnen und Ausländern betrug sie 34 Prozent, bei Deutschen mit Migrationshintergrund 33 Prozent. Was den Abstand noch problematischer macht: Während bei Ausländerinnen und Ausländern sowie Deutschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den Erhebungen 2007 und 2010 der Anteil im wesentlichen gleich geblieben ist, gab es bei Deutschen ohne Migrationshintergrund eine erkennbare Steigerung von 46 Prozent (2007) bzw. 45 Prozent (2010) auf 52 Prozent.

Für Kassel sehe die Situation etwas anders aus, meint Gerhard Klingelhöfer: „Die Daten zu den Bildungsabschlüssen muss man für Kassel etwas relativieren. Kassel ist eine Universitätsstadt. An der Uni studieren und arbeiten sehr viele, die einen migrantischen Hintergrund haben und über einen höheren Bildungsabschluss verfügen.“ Aber weniger die Bildungsabschlüsse seien von Bedeutung. Klingelhöfer: „Das wichtigste ist die Zugänglichkeit der Volkshochschule für Migrantinnen und Migranten. Da spielen die Ansprachewege eine zentrale Rolle und es stellt sich die Frage, ob die Medien, die wir dafür nutzen, ausreichend sind. Es gibt unser Programmheft in deutscher Sprache, einen Internetauftritt, einige Flyer und ein paar Zeitungsartikel, die auf unsere Arbeit hinweisen. Das sind die üblichen Werbewege. Und da müssen wir uns fragen, ob wir

damit Migrantinnen und Migranten erreichen. Beim Internet sieht es ganz gut aus, beim Programmheft eher weniger. An der Stelle haben wir ganz sicher die Aufgabe darüber nachzudenken, wie wir unsere Angebote besser an diejenigen bringen, die wir erreichen wollen.“

Bei einem Weg, der genutzt wird, spielen wieder die Deutschkurse eine Rolle. Gerhard Klingelhöfer: „Der Bereich Deutsch als Fremdsprache bildet eine Nahtstelle zu Migrantinnen und Migranten. Da machen wir deutlich, dass wir auch andere Angebote als Deutschkurse haben. Und wir laden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, diese zu nutzen und in ihrer Community darauf zu verweisen, dass es diese Angebote gibt. Das ist schon ein Weg, um unter Migrantinnen und Migranten auf unser allgemeines Programm hinzuweisen.“ Da das Gros der Sprachkurse im Rahmen der Integrationskurse stattfindet, werden von der Volkshochschule vor allem eben diejenigen erreicht, die neu nach Deutschland kommen. Die Migrantinnen und Migranten, die lange in Deutschland leben, meint Gerhard Klingelhöfer, seien kaum als Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Sprachkursen zu erreichen. Allerdings ist in der letzten Zeit die Zahl der Dozentinnen und Dozenten mit Migrationshintergrund deutlich angewachsen. Dies vor allem in den Bereichen Sprachunterricht und EDV. Hier geht die interkulturelle Öffnung der Volkshochschule Region Kassel durchaus voran.



Gleichwohl muss die Öffnung auch an anderer Stelle weitergehen. Darüber, wie die Zielgruppe Migrantinnen und Migranten erreicht werden kann und sich eine interkulturelle Öffnung damit voranbringen lässt, wurde auch auf einem Workshop von vhs-Beschäftigten im Rahmen des *veris-Projekts* diskutiert.

Ein Ansatz – so ein Ergebnis der Diskussionen – könnte eine Zusammenarbeit mit Partnern aus den verschiedenen Zuwanderer-Communities bzw. deren Organisationen sein. Das gilt gleichermaßen für spezifische Angebote als auch für eine Kooperation, um ein Mainstreaming der normalen Angebote umsetzen zu können. Das wäre auf eine etwas längere Frist angelegt, da diese Arbeit in die Planung und Entwicklung des Angebotskatalogs einfließen müsste.

In einer solchen Zusammenarbeit könnten etwa Veranstaltungen mit und für Moscheevereine, die Jüdische Gemeinde, den Ausländer-/Integrationsbeirat, gewerkschaftliche Migrationsausschüsse und andere Vereinigungen durchgeführt werden. Damit würde sich die Arbeit der vhs dahingehend ausweiten, dass sie stärker zu einem eigenständigen Akteur in der interkulturellen Öffnung der Kommune wird. Aber auch das wäre ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Volkshochschule.



IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Leo Monz
Text: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt
Redaktion: Daniel Weber, Michaela Dälken

DGB Bildungswerk e. V.
Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-199, Fax: 0211/4301-134

www.dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Internetseite des Projekts veris:
www.arbeiteninviefalt.de

Dezember 2014

ISBN: 978-3-942631-16-7

Die Publikation wurde im *Projekt veris* erstellt. Dieses wird im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ umgesetzt und durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.





www.dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Internetseite des Projekts veris:
www.arbeiteninvielfalt.de